

MEINUNG

POLITIK



Warum sich Lobbyisten auf EU-Parlamentarier konzentrieren

PAUL SCHMIDT meint, dass wir uns abseits von Skandalen und Affären mehr für die Arbeit der EU-Parlamentarier interessieren sollten. Denn ihre Bedeutung nimmt zu.

Das EU-Parlament ist nun gleichberechtigter Gesetzgeber. Herumgesprachen hat sich das noch nicht.

PAUL SCHMIDT war von 2006 bis 2009 stv. Leiter der Repräsentanz der Oesterreichischen Nationalbank in Brüssel und ist heute Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Bei aller berechtigten „Aufdecker-Energie“ rund um das Europäische Parlament scheint in der öffentlichen Diskussion ein wesentlicher Aspekt fast gänzlich unterzugehen: die praktische Arbeit der EU-Abgeordneten. Dabei würde es sich auszahlen, unsere Neugierde verstärkt auf Inhalte zu lenken. Immerhin beschließt das Europäische Parlament Gesetze für mehr als 500 Millionen Menschen und ist die einzige EU-Institution, die direkt gewählt wird.

Gestärkt, aber zu wenig beachtet. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mit 1. Dezember 2009 geht fast nichts mehr ohne parlamentarische Zustimmung: Rund 40 neue Politikbereiche (darunter Landwirtschaft, Energie, Einwanderung) fallen nunmehr in den Aufgabenbereich des Europäischen Parlaments. Damit steht es dem Rat der EU, in dem die Fachminister der Mitgliedsstaaten vertreten sind, als gleichberechtigter Partner und Gesetzgeber gegenüber.

In den Verhandlungen über den diesjährigen EU-Haushalt mischte das Europäische Parlament gleich gehörig mit – auch mit dem strategischen Ziel, den mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die sieben Jahre ab 2014 stärker mitgestalten zu können.

Das Europäische Parlament zeigt sich bewusst selbstbewusst. So etwa auch bei den Verhandlungen über das SWIFT-Abkommen, bei dem es um die Übermittlung sensibler Bankdaten aus der EU an die USA zur Terrorbekämpfung geht. Schon im Februar 2010, also relativ kurz nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags, kippten die Abgeordneten das Abkommen und erzwangen seine Neuverhandlung. Die neue SWIFT-Vereinbarung berücksichtigt nunmehr die parlamentarischen Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes. Zudem ermöglicht sie es der EU, ein eigenes System aufzubauen, um den massiven Transfer sensibler Daten in die USA kontrollieren zu können.

Die Haushaltskompetenz ermöglicht dem Europäischen Parlament unter anderem mehr politischen Einfluss auf den gerade entstehenden Europäischen Auswärtigen Dienst. In zähen Verhandlungen im ersten Halbjahr 2010 setzte die Volksvertretung letztlich einen stärker gemeinschaftlich organisierten Auswärtigen Dienst durch und sicherte sich damit gleich mehr Mitsprache.

Abgeordnete können zwar (noch) keine Gesetzesinitiativen setzen, aber es gibt andere Wege, sich Gehör zu verschaffen: Entschließungsanträge, die mit breiter Zustimmung beschlossen werden, erhöhen den politischen Druck auf die Europäische Kommission und den Rat der EU, aktiv zu werden. Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die drei Entschließungen vom April 2011, in denen die große Mehrheit der EU-Abgeordneten die Europäische Kommission unter anderem auffordert, mögliche sozialpolitische und ökologische Auswirkungen ihrer Gesetzesvorschläge schon vorab zu überprüfen.

Das Europäische Parlament etabliert sich gegenüber dem Rat der EU. Die Abgeordneten müssen in beinahe alle relevanten inhaltlichen Entscheidungen eingebunden werden.

Wirklich herumgesprachen hat sich dieser Wandel aber noch nicht. Die Kluft zwischen dem Machtfaktor Parlament und seiner öffentlichen Wahrnehmung ist nach wie vor groß. Ein Schlüssel, diese zu überwinden, bleibt die stärkere öffentliche Politisierung europäischer Themen sowie mehr Debatte um europapolitische Standpunkte.

Lobbyisten wissen schon lange um die gestiegene Bedeutung des EU-Parlaments.

Europapolitik ist zu einem überwiegenden Teil auch Innenpolitik. Daher ist es eigentlich höchste Zeit, sich mit den Auswirkungen europäischer Beschlüsse auseinanderzusetzen und nicht nur alle fünf Jahre bei den Wahlen in das EU-Parlament über nationales Hickhack abstimmen zu lassen. Lobbyisten wissen schon lange um die gestiegene Bedeutung des Europäischen Parlaments – wir alle sollten uns mehr für seine inhaltliche Arbeit interessieren.